

## Beitrag zur „Woche des Grundeinkommens 2009“

### **Bedingungsloses Grundeinkommen und Teilhabe an den Naturressourcen – ein Stufenplan zur „neuen“ Grundversorgung**

**Präsentation** Zeit/Ort: Do, 17. 9. 2009, Vorinfo: 18 Uhr, Beginn 18:30 Uhr – Cafe Restaurant Schottenring, Salon, 1010 Wien  
Referenten: Klaus Sambor (BGE), Harald J. Orthaber (Brückenbau zur „neuen“ Grundversorgung);

Ziel dieser Veranstaltung war die Vorstellung und Diskussion eines Stufenplans zu einer „neuen“ Grundversorgung, um die gegenwärtige Lage der Finanzkrise, der Arbeitskrise (Ausbeutung der Menschen untereinander) und nicht zuletzt, eine sich abzeichnende Versorgungskrise (Ausbeutung der Umwelt) zu überwinden.

Zur Vertiefung der Themen wurden weitere Informationen aufgelegt, wie Unterstützungs-Campagne zum BGE, Kurzschriften zum Prinzip der Ressourcenwirtschaft, Impulsschriften zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Verflechtung der Begriffe Geld, Arbeit, Leistung und Nutzung von Naturgütern, die ein Umdenken auf ein Bedingungsloses Grundeinkommen bis zur Grundversorgung mit Naturgütern plausible und erforderlich macht. Auf die bevorstehende Eröffnung einer Arbeitsplattform wurde hingewiesen und Informationen zur Mitwirkung gegeben.

#### **Kurzbeschreibung**

**Problemlage:** Zwar für viele noch unmerkbar, sind wir Mitten drinnen in einem Prozess besorgniserregend zunehmender Versorgungsunsicherheit von Grundbedürfnissen der Daseinsgrundversorgung mit lebensnotwendigen Gütern (Wohnen, Ernährung, Kleidung, Mobilität, Energieversorgung), verursacht durch steigende Arbeitslosigkeit und damit wachsende Zahlungsunfähigkeit der Menschen im gegenwärtigen Wirtschaftssystem, sowie einer wachsenden Verschlechterung der Umweltsituation und Versorgung mit Naturressourcen (nachwachsende Rohstoffe und Energie). Die Suche nach neuen Antworten auf diese großen Herausforderungen drängt sich damit auf.

**Der prinzipielle Aufbau der Lösungsvorschläge:** In einem Stufenplan ineinander greifender Maßnahmen, der entsprechend in Vortragsteile gegliedert und jeweils intensiv diskutiert wurde, wird mit der Sofortmaßnahme, einem „Bedingungslosen Grundeinkommen“ (BGE, als gegenwärtig bereits vertraute Forderung) als **erste Stufe** begonnen. Dann erfolgt als **zweite Stufe** eine über 10 Jahre reichende schrittweise Umlagerung der Steuern von Arbeit/Mehrwert auf Energie/Material/ Bodennutzung, woraus sich eine zum BGE zusätzliche, ökologisch orientierte Geldversorgung (Negativsteuer) ergibt. Das BGE kann daran angepasst reduziert werden und zusammen wird eine sozial-ökologische, konstante Absicherung gewährleistet. Am Ende dieser zehnjährigen Periode erfolgt als **dritte Stufe** der Umstieg vom gegenwärtigen Geldwirtschaftssystem auf ein so genanntes Ressourcenwirtschaftssystem, das das gegenwärtige Besteuerungs- und Bilanzierungssystem in ein ökologisches Verrechnungs- und Bilanzierungssystem umwandelt. Die technischen Maßnahmen werden dazu innerhalb des erwähnten zehnjährigen Zeitraumes erarbeitet und umgesetzt. Dazu ist eine CMS - Arbeitsplattform im Aufbau.

#### **Statements und Fragen zu Beginn der Diskussionsbeiträge**

**Zum BGE.** – Das BGE würde einer gesellschaftlichen Revolution gleichkommen und deshalb eine Einführung nicht leicht sein – die Rahmenbedingungen sind für eine gedeihliche positive Entwicklung jedoch sehr wichtig – ein Ressourcenbezug wäre dazu ein sehr spannender Ansatz – zur Begeisterung für ein BGE muss man erst infiziert werden – der Paradigmenwechsel eines BGE ist unbedingt notwendig, um endlich das schöpferische Potential des Menschen zu erschließen – das BGE wird für alle Menschen notwendig werden, auch für jene, die es heute scheinbar nicht mehr brauchen (z.B. PensionistInnen) – heute können mit viel weniger Arbeit infolge der Steigerung der Produktivität alle ausreichend versorgt werden.

**Zur Steuerumlagerung.** – Die 70er waren der Beginn der Internationalisierung und eine Ökosteuer wurde deshalb damals schon bekämpft – lt. Klaus Sambor wurde zur Berechnung der Finanzierung des BGE eine Mineralölsteuer herangezogen, wie sie die Schweiz heute einhebt – also 50 Cent/Liter = 1.2 Mrd € Steuer-Mehreinnahmen. Der Vorschlag zur Steuerumlagerung führte schließlich bei der Finanzierung des Grundeinkommens zu einer Kompromissformel und es wäre zu begrüßen, wenn dadurch die Finanzierung des BGE über die Arbeits- und Kapitalsteuer reduziert und durch die ökologische Schiene aufgebracht werden kann. Ökologisches und Soziales könnte dadurch zusammenwachsen. Die erste Stufe wäre vollsteuerfinanziert, und die zweite Stufe im Laufe von 10 Jahren, steuerlich ergänzend.

**Zur „neuen“ Grundversorgung.** – Die Bezeichnung „Ressourcen-Anteilschein“ wäre eventuell günstiger als der politisch und emotional beladene Geldbegriff, wie „Ressourcengeld“ – die Differenzierung zwischen Besitz und Nutzung und der Ressourcenbegriffe wird hinterfragt – es wird zunächst das Problem einer irrsinnig komplexen Kontrolle, Bewertung und Verwaltung der Naturressourcen vermutet – wer soll dies erzwingen und wie das System erklärt werden?

**Kontakte:** Initiative Zivilgesellschaft ([www.initiative-zivilgesellschaft.at](http://www.initiative-zivilgesellschaft.at)) – Projekt „Zukunftsforum: Systemwandel – für eine sozial-ökologische sichere Welt!“ oder direkt an die zfs-Organisation, Harald J. Orthaber, E-Mail: [zfs.org@aon.at](mailto:zfs.org@aon.at)

Klaus Sambor (Runder Tisch – Grundeinkommen)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Das „Zukunftsforum: Systemwandel“ ist ein „Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft“ und wurde als solches bei der 2. Konferenz Zivilgesellschaft, am 12./13. Mai 2007 beantragt und angenommen.

<sup>2</sup> Am Runden Tisch - Grundeinkommen (RTG) treffen sich MitarbeiterInnen des "Netzwerks Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt", die Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen, die Kreativfabrik und weitere Personen aus Organisationen, die an der Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) interessiert sind.

## Bedingungsloses Grundeinkommen und Teilhabe an den Naturressourcen – ein Stufenplan zur „neuen“ Grundversorgung

### Detailbeschreibung der Vorträge und des Diskurses – Umsetzung und Wirksamkeit

Die Vorträge, gehalten von Klaus Sambor und Harald J. Orthaber gliederten sich gemäß den im Stufenplan angeordneten Maßnahmen. Insofern nicht bereits während des Vortrages anstehende Zwischenfragen Diskursbeiträge lieferten, wurden jeweils nach den einzelnen Stufen, intensive Diskussionsrunden abgehalten.

#### erste Stufe – das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)

Das BGE, als ein entscheidend wichtiges Prinzip, gibt – mit seiner dahinter stehenden Ethik – Anlass zu berechtigter Hoffnung, die negative soziale Situation ins Positive zu wenden. Das hätte eine in der Menschheitsgeschichte seltene, wenn überhaupt jemals dagewesene, grobe Befreiung von einer gegenseitigen Abhängigkeit zur Folge (im Prinzip eine Beendigung der Ausbeutung der Menschen untereinander). Wenn auch ein BGE in manchen Kreisen der herrschenden Gesellschaftsgruppen unerwünscht ist und zu einem beträchtlichen Teil sogar von den Ärmeren Schichten der Gesellschaft, mit Skepsis und Ängste vor Änderungen betrachtet wird, könnte der Abbau zukünftig zunehmend unangenehm werdender sozialer Spannungen letztlich für alle zum Segen werden.

**Klaus Sambor** macht in seinem Vortrag zum BGE gleich zu Beginn klar, dass aufgrund der letzten finanzpolitischen Ereignisse einer unglaublich hohen Finanzstützung jeglicher Wirtschaftsbereiche und der erneuten Finanzierungsbremsung und eines Taktierens der Politik mittels einer bedarfsorientierten Mindestsicherung (bmS), wenn es um soziale Fragen geht, dass ein **BGE-JETZT** unabdingbar zu fordern ist. Der vorliegende Stufenplan zur „neuen“ Grundversorgung würde diese Forderung durch ein als Sofortmaßnahme bezeichnetes BGE ebenfalls unterstützen. Sambor erläutert den Vorschlag zu einem zukünftigen attac-Grundsatzpapier zum BGE mit der Definition eines **emanzipatorischen BGE** in gegenwärtig ausreichender Höhe von 1000.- €/14x jährlich, einer umverteilenden Wirkung von Oben nach Unten und eines aufrecht zu erhaltenen Sozialstaats. Dazu wird zunächst ein steuerlicher Finanzierungsmix mit – nur um einige Elemente davon herauszugreifen – einer progressiven Einkommensbesteuerung, der Einführung einer Vermögenssteuer und einer Wertschöpfungsabgabe vorgeschlagen. Zum Abschluss bringt er einen Überblick zur Kategorisierung bisheriger GE-Modelle, um die damit verbundenen verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strömungen von neoliberal (zwingt zur Erwerbsarbeit, weil zu niedriger Betrag), sozialliberal (ebenfalls stark Konkurrenzwirkung mit Unternehmerstützung) über soziale Legalität (Erhalt staatlicher Leistungen) bis zu emanzipatorisch (mit zusätzlicher Arbeitsumverteilung) zu verdeutlichen. Eine langfristig stabile Finanzierung, die auch den nötigen Arbeitsumbau mit seinen sinkenden Steuereinnahmen berücksichtigt, ist jedoch noch offen. Dazu könnte der vorliegende Stufenplan sowohl bereits eine wichtige Stabilisierung, als auch, wie es im Positionspapier-Entwurf für Attac unter Punkt 4 als Wirkungen des BGE im ökologischen Bereich zum Schluss angeführt wird, die Richtung zur Erzielung einer verbindlichen Regelung für ein nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften in die Wege leiten.

**Anfängliche Rückmeldungen der TeilnehmerInnen in Kurzform:** – das BGE würde einer gesellschaftlichen Revolution gleichkommen und deshalb eine Einführung nicht leicht sein – die Rahmenbedingungen sind für eine gedeihliche positive Entwicklung jedoch sehr wichtig – ein Ressourcenbezug wäre dazu ein sehr spannender Ansatz – zur Begeisterung für ein BGE muss man erst infiziert werden – der Paradigmenwechsel eines BGE ist unbedingt notwendig, um endlich das schöpferische Potential des Menschen zu erschließen – das BGE wird für alle Menschen notwendig werden, auch für jene, die es heute scheinbar nicht mehr brauchen (z.B. PensionistInnen) – heute können mit viel weniger Arbeit infolge der Steigerung der Produktivität alle ausreichend versorgt werden

#### **Diskussionsrunde/Beiträge – BGE**

Wäre ein BGE gefühlsmäßig eine ansprechende Lösung?

- ☉ es würde mit Sicherheit eine tiefgreifende Veränderung in allen Gesellschaftsebenen hervorrufen / es ist ein Menschenrecht es wäre aus logischen Gründen nicht abzulehnen – viele wichtige Arbeiten werden heute nicht bezahlt
- ☉ es könnten die Gewerkschaften viel freier agieren, da keine unmittelbare Existenzzwänge mehr vorhanden wären
- ☉ für eine Mobilisierung müsste den Leuten Vieles klarer gemacht werden, wie z.B. bessere Arbeitsverteilung infolge Arbeitsplatzmangels, die ökologische Problematik anhand des ökologischen Fußabdrucks, oder die Einführung einer Börsentransaktionssteuer
- ☉ Probleme entstehen meist durch das latend vorherrschende negative Menschenbild, wie z.B. das der Migration – bei fehlender globaler Umsetzung. Zugeständnisse von Machthabern könnten auch mit den besten Argumenten nur sehr schwer erreichbar sein – eine freie Marktwirtschaft und ein BGE wären logisch inkonsequent und könnte mit einem BGE nur teilweise frei sein, sie müsste in ganz entscheidenden Aspekten, wie der freien Beweglichkeit von Arbeitskräften (wir würden dann andere BilligarbeiterInnen für uns arbeiten lassen, oder dort wo es kaum gute Umweltstandards gibt, wäre ansonsten die Antwort einer freien MW – und die eigenen Waren im Land würden dann nicht mehr verkaufbar sein) und der Geldflüsse begrenzt und gegenüber anderen Märkten, wo es das BGE nicht gibt, geschützt werden – bislang haben aber alle etablierten Parteien, Parteiprogramme mit dem Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft – die globalisierte Wirtschaft ist in einem Land oft nicht mehr fassbar (Steuerung vom Ausland) – doch in Wirtschaftskrisen ist ein anderes Wirtschaften ebenfalls schon möglich gewesen (s. Wörgl) – Beispiele, wie der Global Marshall-Plan und die Klimaschutz-Kyoto-Verhandlungen würden auch zeigen, dass sich global etwas bewegen könne – geschichtlich hätte sich ebenfalls schon so manches lange als undenkbar gezeigt und dennoch wurde es eingeführt (z.B. das Frauenwahlrecht)

**Hinweis vonseiten Klaus Sambor:** aus etlichen dieser Gründe gäbe es lt. Corina Milborn gar keine andere Lösung, als ein weltweites BGE anzupfeilen – und auch wenn es gegenwärtig als eine unmögliche Forderung aussieht, so gibt es doch schon ein recht ansehnliches weltweites Netz von ersten Versuchen in Südamerika, Afrika/Südafrika, Alaska – in den USA wurde eine Resolution an Barack Obama kürzlich gerichtet – zudem liegt die Hauptursache der Migration in den schlechten Verhältnissen in diesen Ländern und nicht dann an einem möglichen BGE bei uns – zum Widerstand möglicher Machthaber: es gibt ebenfalls bereits Gruppierungen von Wohlhabende, die aus ethischen Motiven oder aus Gründen der Sicherheit und des sozialen Friedens ebenfalls für ein BGE sind – langsam steigen auch hochrangige PolitikerInnen immer mehr auf Diskussionen, wie z.B. Begrenzung der Einkommensunterschiede auf maximal 1:20, ein – die Forderung nach mehr Demokratie ist dabei ebenfalls ein Punkt

- ☉ ein BGE um 1000.- € würde eine wahnsinnige wirtschaftliche Kraft darstellt, dies könnte auch für die Wirtschaft schmackhaft gemacht werden und es würden alle davon profitieren – allerdings müsste auf ökologische Nachhaltigkeit geachtet werden

**Hinweis vonseiten Klaus Sambor:** eine von Prof. Peter Fleissner dynamische mathematische Simulation eines Wirtschaftsmodells für Österreich und auch umliegende Einflüsse, die ein BGE von 1000 bis 1300 € involvierte, ergab für die nächsten 5 Jahre eine wirtschaftliche Stabilität

- ☉ einerseits wird die Einführung eines BGE unabhängig von der restlichen Welt als essentiell wichtiger Beginn angesehen (worauf warten?), andererseits aber infolge einseitiger Macht und Geldmacht und einer relativen Trägheit der Massen, diesmal vor den Fernsehern, eine Mobilisierung dazu als sehr schwer erachtet

### zweite Stufe – die Steuerumlagerung

Die Steuerumlagerung (Ökologisierung), ist eine schon seit den 70ern im Prinzip angestrebte Maßnahme. Doch infolge der gegnerischen LobbyistInnen gab es keinerlei Durchsetzungserfolge. Würde sich das, durch die geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse der Krisen und auch vor allem durch ein modifiziertes Modell mit individuellem Geld-Anreiz, ändern? Die nach wie vor bekannte ökologische Wirkung hätte dann umso stärker in einer ersten Phase die beabsichtigte Zurückdrängung ressourcenintensiven Wirtschaftens zur Folge.

**Harald J. Orthaber** beginnt in seinem Vortrag mit einem historischen Vergleich, als 1987 Josef Riegler eine Steuerumlagerung auf die politischen Fahnen heftete. Er glaubte an ein ausbalanciertes System zwischen Wirtschaft, Umwelt und Sozialem. Arbeit sollte entsteuert und Naturressourcen besteuert werden. Im Dossier der KSÖ 2004 schlägt er wiederholt eine Veränderung vor, indem arbeitsbezogene Steuern von 60.8% auf 57.8% und energiebezogenen Steuern von 3.3% auf 6.3% verändert werden sollten. Doch diese 3% Umlagerung sollten wahrscheinlich wohl nur ein Beginn sein.

In die gleiche Richtung ging Hans Peter Aubauer, ein Physiker der Universität Wien, der sich mit Wirtschafts-Umweltmodellen befasst. Zusammen mit Gerhard Bruckmann veröffentlichte und propagierte er 1985 eine Energie- und Rohstoffabgabe statt der Besteuerung von Mehrwertschaffung und Arbeitseinsatz. Doch auch diese wurde politisch nicht verstanden oder vermocht, sie umzusetzen. Zu sehr waren die Partikularinteressen der Lobbys am Verhindern. – Doch geht so etwas Ähnliches heute in der Finanz- und Wirtschaftskrise? - Vielleicht wenn nun direkt die Leute davon etwas haben? – eine Negativsteuer als Bonus? – Dabei wären wir wieder beim einer Art Grundeinkommen!

## „Nicht die Arbeit ist zu besteuern, sondern Naturressourcen“

Jahr	Rückvergütung an erwachsene Staatsbürger (>14J.) in Euro pro Person und Jahr (6.915 Mio)	Wachsende Steuern auf				Sinkende Steuern (in % aller Steuern/Beiträge) auf	
		Energieverbrauch in CentkWh <sub>th</sub> v.467,3 Mrd. kWh <sub>th</sub> /a	Stromverbrauch in CentkWh <sub>el</sub> v.63,86 Mrd. kWh <sub>el</sub> /a	Materialstrom in Centkg von 174 Mrd.kg/a	Bau- und Verkehrsflächen in Euro/(m <sup>2</sup> .a) v.4.28 Mrd.m <sup>2</sup>	Arbeit 74,661 Mrd.€ 5.463 Mio Besch.	Mehrwert 19,757 Mrd.€
<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>66,75%</b>	<b>17,66%</b>
1	1.365,41	0,48	1,44	1,81	0,73	60,09%	17,66%
2	2.867,36	1	3	3,8	1,54	49,03%	17,66%
3	4.519,50	1,58	4,74	5,99	2,43	38,81%	17,66%
4	6.336,86	2,22	6,66	8,39	3,41	27,58%	17,66%
5	8.335,96	2,92	8,76	11,04	3,36	26,04%	17,66%
6	10.534,95	3,68	11,04	13,95	4,25	15,30%	17,66%
7	12.953,90	4,53	13,59	17,16	6,98	3,48%	17,66%
<b>8</b>	<b>15.614,67</b>	<b>5,46</b>	<b>16,38</b>	<b>20,69</b>	<b>8,41</b>	<b>0%</b>	<b>8,15%</b>
<b>9</b>	<b>16.933,19</b>	<b>5,92</b>	<b>17,76</b>	<b>22,43</b>	<b>9,12</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>

(Aubauer: aus seinem letzten Buchbeitrag „Weniger Umweltschädigung und Arbeitslosigkeit durch kostengerechte Preise“ Wien, im März 2009, Daten von 2006)

Details nachzulesen unter <http://homepage.univie.ac.at/hans.peter.aubauer/dateien/Aubauer-I.pdf>.

Die Steuerumlagerung erfolgt schrittweise, sodass UnternehmerInnen ihre Dispositionen (Umstieg auf ressourcensparende Erzeugnisse) ebenfalls schrittweise vornehmen können. Die Steuerumlagerung ist aufwandsneutral. In den letzten zwei Jahren wird auch die Mehrwertsteuer, eine Mischbesteuerung von Arbeit und Ressourcen, auf Null gesetzt, sodass die Besteuerung von Arbeit

schließlich völlig beseitigt wird. Im zehnten Jahr ist dann auch der Zeitpunkt gekommen, das Prinzip der Internalisierung der Ressourcenkosten durch den Umstieg auf ein Ressourcenwirtschaftssystem weiter zu optimieren. Dies ist notwendig, da bei der Methode der monetären Besteuerung der Geldumlauf ständig steigt und der Ressourcenverbrauch so nur unvollständig erfasst und gesenkt werden kann. Sie eignet sich nur für die Anfänge sozial-ökologischer Rahmensetzungen (Daly, 1992). Ihre Vervollständigung erfolgt dann bei der dritten Stufe. Details dazu, siehe Homepage-Angabe unterhalb der obigen Graphik.

**Anfängliche Rückmeldungen der TeilnehmerInnen in Kurzform:** – Die 70er waren der Beginn der Internationalisierung und eine Ökosteuer wurde deshalb damals schon bekämpft – lt. Klaus Sambor wurde zur Berechnung der Finanzierung des BGE eine Mineralölsteuer herangezogen, wie sie die Schweiz heute einhebt – also 50 Cent/Liter = 1.2 Mrd € Steuer-Mehreinnahmen. Der Vorschlag zur Steuerumlagerung führte schließlich bei der Finanzierung des Grundeinkommens zu einer Kompromissformel und es wäre zu begrüßen, wenn dadurch die Finanzierung des BGE über die Arbeits- und Kapitalsteuer reduziert und durch die ökologische Schiene aufgebracht werden kann. Ökologisches und Soziales könnte dadurch zusammenwachsen. Die erste Stufe wäre vollsteuer-finanziert, und die zweite Stufe im Laufe von 10 Jahren, steuerlich ergänzend.

### Diskussionsrunde/Beiträge – Steuerumlagerung

Würde diese Negativsteuer eine weitere Unterstützung für ein BGE sein und beides besser durchsetzbar machen?

- ☉ der Ansatz Vollbeschäftigung durch ständiges Wirtschaftswachstum würde durch den Ansatz dieser Umsteuerung wegfallen – sind Details aber jetzt klärbar? – zunächst müssten die Dogmen des Wachstums zerstört und Randbedingungen geklärt werden – gegenwärtig bedeutet ein höheres BIP auch ein mehr an reparierten Umweltschäden oder Unfälle, also mehr Umweltzerstörung, mehr Unfallverheerte, die die Allgemeinheit mitfinanziert – diese Effekte gehören von der Mechanik her umgebaut – wer mit dem Rad oder der Bahn fährt, gehörte von der Steuer entlastet  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** zu mehr Geld kommt man im gegenwärtigen System in der Regel nur über mehr eigene oder fremde Arbeit, Geld arbeitet bekanntlich nicht wirklich – mehr Arbeit bedeutet zum Großteil auch mehr Naturressourcen-Nutzung und Umweltzerstörung – es gilt Umwelt und Arbeit unter einen Hut zu bekommen und deshalb sollte dann auch noch die nächste Stufe der „neuen“ Grundversorgung folgen
- ☉ die zentrale Frage ist die Frage der Umverteilung und wer bekommt was, deshalb muss eine Umverteilung gefordert werden – die Frage ist, wer lässt sich was wegnehmen, das ist ein Machtproblem – der Mensch wäre historisch gesehen, jedoch nicht so kooperativ, wie man ihn anhand von indigenen Völkern oft darstellt – das Geldsystem ermöglicht heute oft die einzige Möglichkeit der Teilhabe, ein fehlendes soziales Umfeld erfordert gegenüber einem guten einen höheren Geldbedarf (Grundeinkommen), Geld und soziale Strukturen sind deshalb nicht getrennt zu betrachten – viele Systeme, die der Mensch entworfen hat, reduzieren die direkte Gewalt, wie z.B. Geld, das Strafrecht – Geld, wie auch Gefängnisse oder das Strafrecht abzuschaffen, damit die Welt wieder in Ordnung ist, zeige sich nicht so, da diese Systeme über Jahrtausende anhand Reflexionen entstanden sind – was ist ein gutes Leben, ist die Grundfrage und da berührt sich dieses Thema auch mit dem Grundeinkommen  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** es gilt allerdings wegzukommen von den hart umkämpften Verteilungsproblemen – über das Machtproblem und die Konfliktregelungen mit Geld hat sich auch Erich Kitzmüller, im Zusammenhang mit dem vorliegenden Lösungsvorschlag die Geldmacht über das Ressourcengeld stark zu reduzieren, eher vorsichtig geäußert: sie seien ihm von der Ökologie her zwar sympathisch, aber die sozialen Folgewirkungen wären noch zu beachten – doch andere Meinungen, die auch zum BGE parallel gehen, sprechen auch von einer durchaus kreativen, emanzipatorischen Fähigkeit des Menschen, damit umzugehen
- ☉ wir müssen die ökologischen Aspekte einführen, weil wir mit immer weniger Ressourcen auskommen werden müssen – wir brauchen eine neue Bescheidenheit – als Einwand kam: diese könnte aber wiederum zur Bereicherung weniger führen – eine direkte Ressourcenbesteuerung könnte auch ein Problem werden, da Menschen in verschiedene Lagen wohnen, auf Kfz-Mobilität angewiesen sind, etc. – doch ein BGE würde etliche dieser Zwänge auch wiederum entschärfen (tätig sein im Ort)
- ☉ Geld ist der Ersatz für wirkliche (immaterielle) Werte, der Selbstwert verkümmert, das wird bereits in der Schule so vermittelt – würde sich das ändern, würde auch der Stellenwert des Geldes sinken. Die OECD initiierte dazu eine Sozialkapitalerhebung (um zu erklären, dass Wachstum in Zukunft sich viel stärker in den Bereichen des Human- und Sozialkapitals „abspielen“ könnte)  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** die Frage ist nur: wie lange können wir uns dafür noch Zeit nehmen? Sollten Änderungen schon in 30 bis 50 Jahren passieren, würde sich das wahrscheinlich nicht mehr ausgehen]
- ☉ mit dem Faktor Gier muss stets gerechnet werden, das führt dazu, dass Geld spekulativ angelegt wird, daraufhin Ressourcen geplündert werden, die Preise steigen, etc.

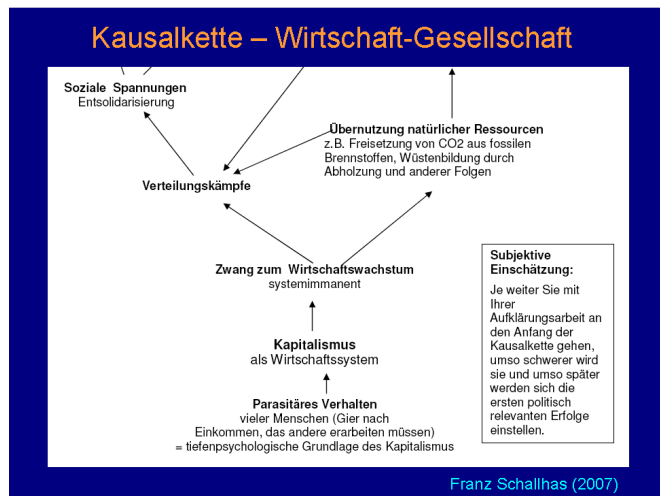
### dritte Stufe – die „neue“ Grundversorgung

Diese Stufe eröffnet schließlich als neues Instrument die effektive Kombinationswirkung der ersten beiden Stufen. Sie ersetzt sie, kann, insbesondere die erste Stufe, aber auch in Kombination eingesetzt werden, was die Konsistenz untereinander unterstreicht. Voraussetzung sind die vorangehenden Stufen jedoch nicht. Sie würden jedoch eine sinnvolle Ausnützung einer Sofort- und Übergangsmaßnahme zur 10-jährigen Entwicklungsphase des neuen Instruments sein. Den Kern des neuen Instruments bildet eine zum gegenwärtigen Geld neue komplementäre Parallelwährung (Ressourcenwährung von H. P. Aubauer). Damit wird die schon vor langer Zeit angestrebte Absicherung einer naturwertbezogenen **Grundversorgung** erzielt (Einführung „neuer“ Werte). Diese Parallelwährung bildet einen sozial-ökologischen Rahmen zur Bewahrung unseres Naturhaushalts, zur Wahrung der menschenrechtlichen Chancengleichheit und zur Errichtung eines neuen gerechten Verteilungsmechanismus des monetären Geldsektors, der diesen zugleich krisensicher stabilisiert. Die schädigende Ausbeutung der Natur und die schädigende Ausbeutung der Menschen untereinander könnten somit in einem wesentlichen Kern gelöst werden.



**Harald J. Orthaber.** Der dritte und letzte Teil des Vortrags versucht die gegenwärtigen Hauptproblembereiche, an die wir möglicherweise leiden, zu definieren und in einer gesellschaftlichen Kausalkette festzumachen. Dazu entfernen wir uns zunächst von der bislang meist nur betrachteten menschlich gesellschaftlichen Sphäre des Denkens, der Arbeit, des Geldes und des Besitzes und betrachten davon getrennt auch die Sphäre der Natur, unsere biologische Lebensgrundlage. Diese zunächst mechanische Trennung zwischen Mensch und Natur ist der Kernpunkt der Überlegungen für ein zukünftig gerechteres Wirtschaften, bzw. einem Hinbewegen zu diesem. Wir schaffen dadurch jeweils ebenfalls, getrennt voneinander, nutzbare Instrumente, die unsere Hauptprobleme besser lösen helfen. Bei systemischen Betrachtungen wurde immer schon häufig die Komponenten Soziales, Natur und Wirtschaft getrennt unter dem Aspekt der Balance zueinander betrachtet (s. z. B. Ökosoziale Marktwirtschaft von Josef Riegler) Daraus gehen nun, wie anfangs erwähnt, die Hauptprobleme hervor, an denen wir möglicherweise leiden – der **Ausbeutung der Menschen untereinander** und der **Ausbeutung der Natur**. Und dann gibt es neben diesen beiden eher negativen Darstellungen der Vermeidung der Ausbeutung – es geht dabei um den materiellen Wohlstand – die positive Zielsetzung der **Erreichung einer Zufriedenheit in der menschlichen Gesellschaft**. Es geht dabei um immaterielles Wohlbefinden.

Wie kann nun erreicht werden, dass Glück und Zufriedenheit im Tun des Menschen erreicht wird und zugleich die beiden Ausbeutungen vermieden werden? Dazu wird versucht, diese Hauptproblembereiche mit einer Kausalkette der Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen. Franz Schallhas lieferte dazu eine gute Vorlage. Seine Kausalkette setzt sich nach oben hin noch weiter fort, was hier jedoch nicht weiter betrachtet wird (zur Gesamtdarstellung: s. Powerpoint-Vortragsfolien).



Wesentlich im unteren Teil der Kausalkette ist die grobe Aufspaltung in einen sozialen und ökologischen Ast, beginnend vom „Zwang zum Wirtschaftswachstum“. Diese zwei Äste können als Analogie und auch als eine hilfreiche Bestätigung gelten, dass die zuvor skizzierten zwei Hauptprobleme der Ausbeutung der Natur und der Menschen untereinander, einen ganz wesentlichen Problemerkern treffen. Der vorliegende Lösungsansatz dazu richtet sich zunächst an eine Änderung der unmittelbar vorgelagerten Ursache, eine Änderung unsers kapitalistischen Wirtschaftssystems. So manche Lösungsversuche richten sich immer wieder gerne auch an das noch weiter davorliegende Ausgangsproblem, der Gier des Menschen nach mehr. Bewusstseinsbildung, die Änderung von sich selbst nach dem Vorbild eines kooperativen und umsichtig agierenden Menschen, würde ja das Problem an der Wurzel lösen. Ja richtig, doch zumindest im gegenwärtigen Wirtschaftsgetriebe, ist eine solche denkbare Empolung oder Änderung, zumindest wohl kaum in dem jetzt schon nötigen kurzen Zeitrahmen von 20 bis 50 Jahren zu erwarten. Und eine Subsistenzwirtschaft bis hin zu große Katastrophen als erzwungener Antrieb, wollen wir uns dazu wohl auch nicht herbeiwünschen. Jedenfalls sieht das vorliegende Lösungskonzept einen, der Ansicht des Autors nach, zunächst dringend notwendigen wirtschaftlichen Rahmen vor, der dem zerstörerischen wirtschaftlichen Treiben, rigoros einen groben Riegel vorschiebt und damit das Vertrauen zu einer neuen – im Grunde gar nicht unbekanntem Wirtschaftsweise, einer solidarischen Wirtschaftsweise – wieder aufzubauen und zu stabilisieren. Der Rahmen schützt und belohnt also Bemühungen, bei sich selbst anzufangen, den eigenen Lebensstil zu ändern und wirkt damit möglicherweise auch rückwirkend auf das Ausgangsproblem, der Gier nach einem zerstörerischen Mehr. Ob das eine oder andere technische Instrument dann in ferner Zukunft noch nötig ist, bräuhete uns gegenwärtig nicht zu tangieren.

Um den Rahmen aufzubauen, sind diese zwei Sphären, das Soziale mit den menschlichen Konflikten und die Ökologie mit der Ausbeutung der Natur näher zu betrachten. Die soziale Sphäre besteht mitunter aus den bekannten Bestandteilen Arbeit, dem damit verbundenen Mittel Geld (unstabiles Handelsgeld) und angehäuftem Besitz. Daran ist nur schwer und begleitet von oft langwierigen Konflikten und periodischen gesellschaftlichen Zusammenbrüchen, zu rütteln. Das beschreibt auch der von Franz Schallhas weitergeführte soziale Ast. Also wenden wir uns der Sphäre der Natur zu. Dort gibt es noch keinerlei eigenständige wirkungsvolle Instrumente. Analog dem mit Arbeit und Handelsgeld verbundenen Besitz in der Sozialen Sphäre, können wir der Natursphäre die reine Nutzung zuschreiben. Um diese menschengerecht zu regeln, kann dazu wieder analog zur sozialen Sphäre eine Nutzungswährung, ein Ressourcengeld, eingeführt werden, das ein direktes grobes Abbild der vorhandenen Naturressourcen darstellt – wohlgermerkt der nachwachsenden Naturressourcen – , da eben speziell dieses Potential unbedingt erhalten werden muss, wenn man ökologisch nachhaltig wirtschaften und damit unsere Lebensbasis sichern will. Damit vereinfacht sich die Angelegenheit erheblich und macht eine Umsetzung über den heute schon respektabel diskutierten und vielfach akzeptierten ökologischen Maßstab des „ökologischen Fußabdrucks“ greifbar nahe. Dieses Ressourcengeld ist im Gegensatz zum Handelsgeld stets stabil (inflationssicher, kein Schuldgeld, ökologisch nachhaltig).

Unter diesen Voraussetzungen eignet sich das Ressourcengeld vorzüglich für eine Grundversorgung, die unsere Lebensbasis darstellt. Die Zuteilung erfolgt gerecht im Sinne des Kategorischen Imperatives von Kant. Das heißt, daß das Recht zur Ressourcennutzung einer

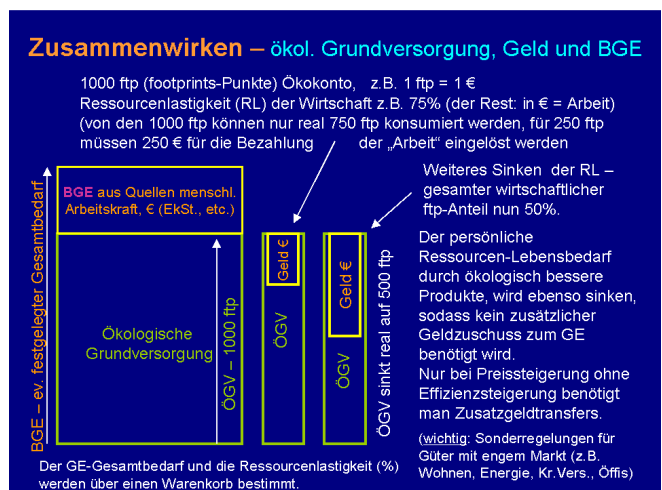
Generation, eines Landes, oder eines Bürgers dort endet, wo dasselbe Recht einer anderen Generation, Landes, oder Bürgers beginnt: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“ (Kant, 1788). Anhand dieser Regel und gemessen daran, dass das Nutzungsrecht von menschlich unbearbeiteter Natur eben noch nicht mit einer geleisteten Arbeit in Verbindung steht, so wie es mit Handelsgeld der Fall ist (Natur, wie Sonneneinstrahlung, natürliche Bodenfruchtbarkeit und Pflanzenwuchs stehen quasi gratis zur Verfügung) macht eine gleichberechtigte Zuteilung um vieles akzeptabler, als die Zuteilung von Handelsgeld. Wird dies akzeptiert, so ist die Zuteilung keine Frage mehr zwischen menschlichen Verhandlungen, sondern ergibt sich mechanisch aus den natürlichen Gegebenheiten (quasi ein unverhandelbarer Naturwert). Die Organisation der Umsetzung (Erfassung der Nutzungskennzahlen der Basis-Naturressourcen nach letztem Stand der Wissenschaft und der Zuteilungsprozess) und die Überprüfung auf Basis der dazu ebenfalls zu erweiternden Menschen- und Grundrechte, erfolgt z. B. über eine Ressourcenagentur. Banken und entsprechende Unternehmen könnten nach wie vor für den Aufbau der technischen und die Abwicklung der Zahlungsinfrastruktur (Ressourcengeldkonten und Vernetzung mit herkömmlichen Geldkonten, etc.) zuständig sein. Alle Produkte und Dienstleistungen müssen dann auf Grundlage der Nutzungskennzahlen der Basis-Naturressourcen, ausgehend vom Primärproduzenten, neben dem Geld-Preis zusätzlich gekennzeichnet werden. Das ist gegenüber heute für die Unternehmen keine Mehrbelastung. Im Gegenteil! Die staatlich vorgeschriebene monetäre Buchhaltung fällt weg und wird stattdessen durch die ökologische Buchhaltung (Bilanzierung), mit sehr ähnlichen technischen Programmen und Methoden, ersetzt. Und zwingend vorgeschrieben gilt dies nur mehr für Betriebe, die direkt auf die Naturressourcen zugreifen (z.B. Agrar-, Energie-, Bergbau- Straßenbaubetriebe).

Die Handhabung der Geldwirtschaft kann dann mehr oder weniger (je nach dennoch entdeckten gravierenden Mängeln) weiterhin mit schon gegenwärtigen Gepflogenheiten, jedoch befreit von den zerstörerischen Irritationen, erfolgen. Sie schafft mitunter weitere Zufriedenheit und Luxus, Drang nach Erfindungen unter der Verschiedenheit der menschlichen Bedürfnisse und erhält die Flexibilität der Wirtschaft. Das Ressourcengeld, ein Maßstab unserer nachwachsenden Natur, ist dazu eine gleichwertige, kaufkräftige Zweit-/Parallelwährung. Dies wird dadurch schließlich vervollständigt, dass individuell durchschnittlich Mehrverbrauchende ihr aufgebrauchtes Ressourcengeld durch Handelsgeld von den durchschnittlich Wenigerverbrauchenden zukaufen können. Durch die zugleich lebensnotwendige Nutzung von Naturressourcen mittels Ressourcengeld und dessen automatische periodische Zuteilung, können die Naturressourcen nicht mit noch so viel Geld, den Geldlosen einfach weggekauft werden. H. P. Aubauer nennt diesen Vorgang Ressourcenanteilshandel. Dies entspricht einer Geld-Naturressourcenbindung, von der Begrenzungsphilosophie her, ein wenig vergleichbar mit der ehemaligen Gold-Bindung des Geldes (s. angedeutet durch den vertikalen linierten Doppelpfeil in der Abb., links unten). Abgesehen von der Übergangsphase, wo erst eine schrittweise Reduktion des Naturressourcendurchsatzes auf das ökologisch verträgliche Maß erfolgen muss, bleibt im erreichten Zielzustand die Gesamtumlaufmenge des Ressourcengeldes stets gleich und schädigt zunächst aus makrowirtschaftlicher Sicht nicht mehr die Natur. H. P. Aubauer, als Urheber dieses umsetzungsorientierten Systems, definiert dieses System dabei ungemein konsequent nach ökologischen, globalsolidarischen und sozialen Zielen.

Weitere Details der Umsetzung sind nachzulesen bei H. P. Aubauer, z.B. die Schrift „Ökologische, globalsolidarische und soziale Zügel für den Kapitalismus“, s. speziell Kapitel 6 und Anhang 6: <http://homepage.univie.ac.at/hans.peter.aubauer/dateien/Z%FCgcl-Kapitalismus-0.pdf>

Durch die Ablöse des gegenwärtigen Steuerungsmechanismus des Handelsgeldes (instrumentalisiert über die Geldmengenüberwachung und –anpassung an die Wirtschaftskennzahlen durch die Zentralbanken) durch das Ressourcengeld (instrumentalisiert durch die Ressourcen-Gesamtmenge-zuteilung), bezeichnet der Autor dieser Zeilen diese Wirtschaft demnach als Ressourcenwirtschaft. Ob diese als Systemwandel angesehen werden kann, ist eine theoretische Definitionsfrage. Einerseits bleiben Mechanismen der Marktwirtschaft über die Geldwirtschaft im Rahmen der Ressourcenwirtschaft bestehen, andererseits sind jedoch enorme gesellschaftlich-wirtschaftliche und demokratiepolitische Änderungen zweifellos zu erwarten. Gesellschaftlich-wirtschaftlich, indem eine bedeutende Umstellung des ökologischen Produktions- und Konsumverhaltens, durch die schrittweise Absenkung des Naturressourcendurchsatzes auf 1/10 des gegenwärtigen Ausmaßes, binnen 20 bis 30 Jahren, vor sich geht. Lt. den Modellberechnungen von H. P. Aubauer sind diese Absenkungen sogar ohne wesentliche Wohstandeinbußen möglich. Und demokratiepolitisch, indem eine deutlich steigende BürgerInnenbeteiligung und –mitbestimmung, an der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Umfeldes, zu erwarten ist.

Die Ressourcenwirtschaft mit den definierten Zielen, dem Umsetzungsmittel Ressourcengeld und dem sozial ausgleichenden Ressourcenanteilshandel als Kernelement, ermöglicht dadurch den Brückenbau zu vielen unserer Lebens- bzw. Themenbereiche. Sie werden hier grob unterteilt dargestellt durch „zukunftsfähiges Wirtschaften“, „Lebensraum“ und „gesellschaftliche Organisation“. Das Arbeitskonzept besteht darin, dass Schritt für Schritt von SpezialistInnen die einzelnen gesellschaftlichen Themenbereiche, vom Groben bis ins Detail der Lebenssituationen, auf weitere nötige Maßnahmen hin überprüft werden können (s. kleine Pfeile, Abb., links unten).



Die rechte Abbildung, oben, versucht nun diesen Beitrag zur Woche des Grundeinkommens, des behandelten speziellen Themenbereichs der Existenzsicherung, graphisch zu verdeutlichen. Sie zeigt das Zusammenwirken zwischen BGE und einer ökologischen Grundversorgung. Dies ist ein ganz wesentlicher Brückenbau, der die sozialen und ökologischen Komponenten, als eine einander ergänzende Maßnahme, miteinander verbindet. Der ftp-Wert (ökologischer 'footprint') wurde im Beispiel zunächst willkürlich als runde anschauliche Zahl gewählt. In der Praxis wird der tatsächliche von der Ressourcenagentur ausgegebene durchschnittliche Verbrauchswert, in Österreich, nach gegenwärtigen noch groben Berechnungen, die allerdings noch fehlerbehaftet sind, etwa 4.9 globale ha pro Person und Jahr, herangezogen werden. Die Umrechnung in einen Euro-Wert (Wechselkurs) ergibt sich erst, wenn über den Ressourcenanteilshandel an der speziell dafür eingerichteten, sehr breiten und deshalb auch sehr stabilen Ressourcenbörse, eine Angebots-Nachfrage-Situation eintritt. In der Regel wird dies, bei der gegenwärtigen Arm-Reich-Schere und demnach in der Tendenz der Konsumverteilung, sofort der Fall sein. Der Preis wird von dieser Dynamik und dieser Schiefele zwischen den über und den unter dem Konsumdurchschnitt Konsumierenden abhängen. Vorhersagen und demnach auch berechnen lassen sich diese Verhältnisse aber zunächst nicht.

Betrachtet man die Existenzsicherung als Summe der Grundversorgung mit Ressourcengeld und einer Verfügung über Handelsgeld (Gesamt-Grundversorgung), so liegen mögliche Gefährdungen wiederum nur beim spekulativen Handelsgeld. Allgemeine inflationäre Prozesse (Zunahme des umlaufenden Handelsgeldes, Geldentwertungen) aus welchen Gründen immer, schlagen sich gleichermaßen auch auf den ftp-Preis nieder, puffern also für Unterkonsumierende der Inflation durch ihre gleichermaßen höheren ftp-Verkaufserlöse entgegen und sichern so die individuelle Gesamt-Grundversorgung. Zum Handkuss kommen in diesen Fällen nur die Überkonsumierenden selbst. Kommt es jedoch bei Lebensgrundbedürfnissen zu spezifischen Handelspreiserhöhungen (enger Markt mit nur wenigen Anbietenden z.B. bei Wohnungsmieten, im Energie- und im öffentlichen Verkehrssektor, insofern diese in privaten Händen sind), denen die Menschen unausweichlich ausgeliefert sind, so helfen dagegen nur gesetzliche Preisregulierungen (Preisobergrenzen). Dies ist in etwa die gleiche Problemlage wie beim BGE. Importierten Handelspreissteigerungen (z.B. Energieengpässe) kann nur durch eine möglichst schnelle Reduzierung dieser Abhängigkeiten begegnet werden (z.B. Energiewende hin zur, natürlich ebenfalls ökologisch nachhaltigen Selbstversorgung).

Die Ressourcenwirtschaft eröffnet also die Gelegenheit, bislang heterogene Lösungsvorschläge in den verschiedensten Lebens- und Fachbereichen miteinander in Beziehung zu setzen und daraus positive Synergien und Gemeinsamkeiten konkret werden zu lassen. Verbindungen konnten bislang in den Bereichen der Geldwirtschaft (komplementäre Währungen), bei gesellschaftspolitischen Modellen gerechter Partizipation (3. Weg) und nicht zuletzt eben im Sozialbereich, im Detail beim Grundeinkommen, erzielt werden. Letzteres könnte den Bereich der demokratiepolitischen Organisation, beginnend im Detail mit der Volksgesetzgebung, wiederum mit Leben füllen.

**Anfängliche Rückmeldungen der TeilnehmerInnen in Kurzform:** – Die Bezeichnung „Ressourcen-Anteilschein“ wäre eventuell günstiger als der politisch und emotional beladene Geldbegriff, wie „Ressourcengeld“ – die Differenzierung zwischen Besitz und Nutzung und der Ressourcenbegriffe wird hinterfragt – es wird zunächst das Problem einer irrsinnig komplexen Kontrolle, Bewertung und Verwaltung der Naturressourcen vermutet – wer soll dies erzwingen und wie das System erklärt werden?

#### Diskussionsrunde/Beiträge – „neue“ Grundversorgung

Wäre solch eine Lösung ein Ende des Konflikts der Finanzverteilung generell und im Zusammenhang mit der Arbeit?

Wäre der Konflikt zwischen Wirtschaft (Arbeit) und Natur damit zufriedenstellend geregelt und damit akzeptierbar?

Ziehen dann BGE und die Lösung der Umweltprobleme am selben Strang und ist damit noch besser umsetzbar, als lediglich bei einer Steuerumlagerung?

☉ um das vorgestellte System oder Modell zu begreifen, wäre doch ein großer Sprung im Bewusstsein der Menschen nötig  
**Hinweis vonseiten Orthaber** ja, jedoch ist möglicherweise bei Fragen der Natur-Lebensbasis zumindest eine höhere Akzeptanz vorhanden als bei einer Verteilung von herkömmlichen Geldmitteln, die stets zumindest auch mit irgendeiner Form von Arbeit und Verteilungskampf assoziiert werden können. Weiters könnte auch eine Art Synergieeffekt eintreten, dass etwa unscharfe Antworten, z.B. zu einer dynamischen nachhaltigen Finanzierung eines BGE, mit der Perspektive des Ressourcengeldes unkritischer bewertet werden und umgekehrt das BGE für ein Ressourcengeld, das z.B. erst in 10 Jahren zum Tragen kommt, einen sofortigen großen Schritt einer Überbrückungshilfe darstellt, Risiken einer unmittelbaren sozialen Destabilisierung und eines wirtschaftlichen Niedergangs zu reduzieren. Demnach wäre ein Erklärungsversuch des Ressourcenwirtschafts-Systems und seiner Verkopplung mit dem BGE, trotz seiner zunächst sicher höheren Komplexität, ein Versuch wert. Es geht, ähnlich wie beim BGE augenblicklich, nicht um eine Machbarkeits-, sondern um eine politische Willensentscheidung.

☉ wesentlich ist, dass die Menschenrechte mit dem gleichen Recht auf den gleichen Anteil an Ressourcen erweitert werden müssen – wenn z.B. Erdöl unter alle Menschen aufgeteilt werden würde, wären dies zwar schöne Ansätze, doch man stößt dann nicht nur auf philosophische, sondern auch auf praktische Probleme, denn die Gesamtmenge wird nicht zu eruiieren und demnach auch nicht aufteilbar sein – die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks soll jedoch schwierig sein – die Feststellung des Mischpreises, bestehend aus dem Ressourcengeld-Preis und dem konventionellen Preis wäre zunächst eine Aufgabe

**Hinweis vonseiten Orthaber:** wie schon im Vortrag erwähnt, sind nachwachsende Ressourcen aus Gründen der Nachhaltigkeit und Umsetzbarkeit dabei essentiell – z.B. die Ressource Erdöl ist damit nicht gemeint – und davon nur eine auf den gemeinsamen Nenner dieser Ressourcen gebrachte Rechengröße, da nur eine solche eine makroökonomische Einflussgröße für die Produktion und den Konsum werden kann. Gut eignet sich dazu der ökologische Fußabdruck. Dessen Errechnung braucht für eine makrowirtschaftliche Anwendung jedoch nicht penibel genau zu sein, sondern nur plausibel genug für eine allgemeine Akzeptanz zur Anwendung einer für alle gültige wirtschaftliche Spielregel Sie sollte ungefähr den Gesamtdurchschnitt einer politischen Einheit erfassen. – die stoffliche Abgrenzung sollte so einfach wie möglich sein, z.B. eine flächenhafte Abmessung – der praktische Bewertungsvorgang jedes Produkts, entspricht dem Naturressourcenanteil des Mischpreises, erfolgt durch einfaches Aufsummierung der mit Ressourcengeld eingekauften Vorprodukte und entsprechende Zuteilung auf die weiterverkauften Produkte (ökologische Bilanzierung), dies ist z.B. ein gegenüber dem futuro-Projekt von SOL (ein vom Endprodukt ausgehender, rückwärtsgerichteter Bewertungsvorgang) ein in der Praxis gangbarer, vom Produktionsursprung ausgehender, vorwärtsgerichteter Bewertungsvorgang – kontrolliert brauchen dabei nur die Primärproduzenten auf deren korrekte Entnahme der bewertet



- vorliegenden Basis-Naturressourcen werden, alle andern bilanzieren diese in ihrem Sinne – die CO<sub>2</sub>-Bilanz, als Klimawandel-Problem, könnte nach Meinung des Autors allerdings aufgrund diffusen Ortsbezugs und der komplexen Kreislaufprozesse auch mit einem getrennt zu handhabenden, global organisierten System (z.B. nach R. Douthwaite modifizierter CO<sub>2</sub>-Zertifikathandel) wirtschaftlich einfließen.
- ☉ gegenwärtig wird von den Zentralbanken eine permanente Beeinflussung der Preisbildung zur Anheizung oder Bremsung der Wirtschaft über die Geldsteuerungsmechanismen betrieben (Inflationsbekämpfung),  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** Diese Steuerungen brauchen wir mit der Ressourcenwirtschaft nicht mehr und wird ab ihrer Einführung sofort ad absurdum geführt.
  - ☉ aus politischem Kalkül wäre die Forderung des Grundeinkommens nicht mit einem Paradigmenwechsel für Geld zu verbinden, keine Überfrachtung mit Themen – wir müssten uns zwischen der Realpolitik und der idealen Welt irgendwo in der Mitte treffen  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** Es geht um einen Brückenbau eines gemeinsamen parallelen Vorgehens, s. Vortragstext, oben. Es soll nichts untereinander ausgeschlossen werden, wenn keine gravierende gegenseitige Behinderung vorliegt. Außerdem liegt mit dem vorliegenden Vorschlag ohnehin ein Stufenplan vor.
  - ☉ die Idee ist interessant und bis zu einem gewissen Grad auch logisch, das Problem ist aber nicht linear und wir müssen flexibel bleiben – die Probleme dürfen nicht mit nur einem System gelöst werden. – man hat den Eindruck, dass ansonsten eine gewisse Einengung vorhanden ist – eine gleichzeitige Umsetzung ist momentan kaum vorstellbar – auch wenn man dafür ist, muss man unterscheiden, was momentan propagiert werden will, ein Grundeinkommen oder eine gesellschaftliche Totalumstellung auf ethische Werte.  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** Die Ressourcenwirtschaft ist nur einer der Bausteine, jedoch nach Meinung des Autors, ein nach bisherigen Erkenntnissen unverzichtbarer und zudem ist diese ja erst in rd. 10 Jahren einsatzbereit; eine gegenwärtige Vorbereitung und Anbahnung mit allen Zwischenstufen einer Steuerumlagerung, wie sie durch den vorliegenden Stufenbau-Ansatz eben präsentiert wird, ist deshalb durchaus gerechtfertigt und notwendig.
  - ☉ der Stufenplan ist sympathisch, weil er genauso das BGE als Sofortmaßnahme beinhaltet, das der neuen Forderung BGE-„jetzt“ entspricht, es spricht nichts gegen eine parallel Entwicklung, da sie die Finanzierung unterstützt – ökologische Probleme, die mit dem BGE sozial alleine nicht zu lösen sind, werden dann eben auch in den Griff gebracht – keiner der Lösungsansätze schließt einen anderen aus oder behindert andere
  - ☉ Wenn die Naturressourcen (z.B. Bäume) allen zur Verfügung gestellt werden, wäre das nicht eine Enteignung? – Tirol ist z.B. ein Land, wo Grund und Boden nicht den Bauern, sondern dem Land Tirol gehört. Die Bauern haben nur ein Nutzungsrecht für ihre Flächen und sind nicht die Besitzer ihrer Täler, etc.. – Solche Bestrebungen und Diskussionen sind jedoch schon im 19. Jhd. Fehlgeschlagen; müssen wir wirklich jetzt wieder eine solche Diskussion loszutreten?  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** Nutzungsvorschriften speziell im Naturbereich bzw. der Landnutzung (z.B. Bodennutzungsrichtlinie, Flächennutzungspläne, Bewirtschaftungsrichtlinien, EU-Wasserrahmen-Richtlinie, Aufforstung – das Grundprinzip der nachhaltigen Ökologie anhand der Waldbewirtschaftung) gibt es heute vielfach und gab es schon lange. Natürlich schützt nun ein bestimmtes Geldsystem nicht konkret die einzelne Fläche – dies müssen schon vor Ort die Menschen selbst durch entsprechende Gesetze und verantwortliches Wirtschaften tun – aber gesamtwirtschaftlich bewegt sich das System der Produktion und des Konsums in eine planbare entsprechend ökologisch unterstützende Entwicklung. Heute stehen wir zudem gegenüber der damaligen historischen Situation auf einem unvergleichlich weit höheren wissenschaftlichen und technischen Niveau mit einer noch nie zuvor dagewesenen Notwendigkeit zur Umsteuerung.
  - ☉ Die Schwierigkeit liegt eventuell bei der Interaktivität. Zwischenschritte sind nötig. Es sind dabei durchaus beide Teile des Lösungszuganges gerechtfertigt, ein wünschenswertes Modell – und in der gegenwärtigen Umsetzung, was tun wir morgen, wie rede ich derzeit mit den Leuten am Stammtisch – wir brauchen beides, es muss gleichzeitig passieren – wie kann der Konflikt zwischen Arbeit, Kapital und Natur sozusagen gesamthaft gelöst werden? Und wenn ich den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital lösen möchte, müsste ich für beide Teile die passende Lösung bieten. Da habe ich ein Modell, das stimmt! Ansonsten geht die Wirtschaft mit uns gemeinsam den Bach hinunter. Die Realität zwingt uns sonst die sehr schmerzhaft Lösung auf.  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** Ja, und es fehlen dann ev, auch die nötigen technischen Kapazitäten und Möglichkeiten für eine Umsteuerung. Die Mehrheit der Leute dürfte sicher nicht den Wohlstand verlieren wollen, wollen nicht zur Subsistenzwirtschaft zurück (Selbstversorgungswirtschaft).
  - ☉ Es muss neben der Basis der Bevölkerung auch die universitäre Ebene bei der Bewusstseinsbildung involviert werden.  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** Über die Arbeitsplattform wird auch diese Ebene eingebunden werden. Doch viele gute wissenschaftliche Forschungsstudien verschwinden in den EU-Schubläden.
  - ☉ es gibt bereits Ansätze auf der Gemeindeebene – Bürgermeister sind z.B. über die Klimabündnisse auch schriftlich gerne dabei, doch bei den vielen Ansätzen fehlt oft der Hintergrund für die konkrete Umsetzung – Ökologie muss begreifbar gemacht werden, auch den Banken nahe gebracht werden, die Bankmanager wissen sehr wohl um die fortschreitende Verschuldungsspirale, infolge der sehr locker gehandhabten Konsumkredite, ein Herunterregeln hat aber unglaublich viel Konsequenzen – junge verschuldete Menschen haben nicht mehr die Ressourcenmöglichkeiten der Rückzahlung – aber der Mensch sollte auch die Möglichkeit haben sich frei nach seiner Entscheidung bewegen zu können, z.B. auch zum Alkoholiker zu werden, auch das Negative muss einen gewissen Platz haben  
**Hinweis vonseiten Orthaber:** Der Basisansatz der Ressourcenwirtschaft ist die Verhinderung der Ausbeutung der Menschen untereinander und im praktischen Prozess die Richtungsvorgabe zur Verhinderung der Ausbeutung der Natur – und dazu kommt die Förderung der Erzielung einer stark mehrheitlichen Zufriedenheit, durch die Möglichkeit der Auslebung der Verschiedenheit der Bedürfnisse – ermöglicht soll dies über die Grundversorgung durch Ressourcengeld werden und dann durch den fairen Geldtransfer zwischen über- und unterdurchschnittlich Konsumierende und einem sinnvollen monetären Gewinnstreben mit überdurchschnittlichem Konsum. Und dies alles im wirtschaftlichen Konnex einer gesteuerten Vorgabe und sich entwickelnden laufend reduzierenden Ressourcenlastigkeit der Produktion und des Konsums. Darin besteht eine maximale individuelle Freiheit der Entfaltung ohne die Gesellschaft zu schädigen.
  - ☉ auch wenn wir von bestimmten früheren und anderen glücklichen Kulturen (Indigene), die ohne Erwerb und ohne viele Güter irgendwo gelebt haben und vielleicht noch leben, sehr viel lernen können, wie es sein könnte, werden solche Gesellschaften im jetzigen Umfeld nicht mehr bestehen, weil sich einfach unser Mainstream fortsetzt – unsere Ansprüche müssten



heruntergeregelt werden – lt. M. Schenk (Armutskonferenz) fühlt sich der Mensch gesundheitlich und auch sonst grundsätzlich besser, wenn er Geld bekommt, allerdings hängt die benötigte Geldmenge auch von seinem sozialen Umfeld ab und muss deshalb berücksichtigt werden – jeder geht aber von sich aus und vergleicht sich nur mit Menschen in ähnlicher Situation – die Wirkung einer Geldgabe (Grundeinkommen) hängt auch sehr mit damit verbundenen Freiheiten zusammen, ohne Freiheiten z.B. nach mehr, kann dies in die völlig verkehrte Richtung, zur Verelendung, führen (Beispiel England 1795) – die größte Bedrohung des Menschen ist, wenn er sich nicht einmal mehr durch eigene Aktivitäten (den Verkauf seiner Arbeitskraft) weiterbringen kann – das darf beim Grundeinkommen nicht passieren. Insofern ist das Ressourcenwirtschaftsmodell so schlüssig und so bestechend, dass man sagen könnte, irgendwie so muss es gehen.

**Hinweis vonseiten Orthaber:** H. P. Aubauer hat in der Veröffentlichung seines Modells 2005 in der Fachzeitschrift „Ecological Economics“ auch den Wohlstandindikator nach den Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre im Zusammenhang mit seinem Modell in Kapitel 3 analysiert, um einen Vergleich mit der gängigen Lehrmeinung zu erzielen und hat herausbekommen, dass der Wohlstandverlust durch seinen vorgeschlagenen Prozess der Reduktion des Ressourcendurchsatzes in z.B. 20 Teilschritten auf 1/10 lediglich 1.4% (!) beträgt.

Abschließend wird noch der Hinweis auf die persönliche Beteiligung zur Mitgestaltung einer Arbeitsplattform am Beginn einer breit gestreuten Öffentlichkeitsarbeit gegeben:

### Aufruf zur Zusammenarbeit im „Web“ und „vor Ort“

Ziel ist es, bei all den hochbrisanten gesellschaftlichen Themen wie Geld, Arbeit und Grundversorgung bzw. Naturressourcen, im Rahmen eines neuen Systems einen guten Einklang zu erzielen. Es ist dabei zusätzlich ein Übergang vom jetzigen zu diesem neuen System zu schaffen. Mittels einer Arbeitsplattform sollen nun die gegenwärtigen Missstände und die grobe Kernidee zur Lösung vermittelt und reflektiert werden und dann all die konkreten Detaillösungen in den verschiedenen Lebensbereichen von möglichst vielen Teilnehmenden in einem lockeren Gestaltungsprozess mitgetragen und mitkreiert werden (Identifikation ist dabei wichtig!). Ein Aufruf zur Arbeitsplattform wird zunächst mehr oder weniger geschlossen über Einladungen in mehreren Versammlungsrunden erfolgen, Entwicklungspläne und Umsetzungsschritte gesetzt und dann an die Öffentlichkeit herangetragen.

Die vorliegende Beschreibung und die Powerpoint-Folien dieses Vortrages sind neben anderen Web-Lokalitäten, wie über den „Runden Tisch Grundeinkommen“, vorübergehend im Zuge der Vorbereitungsarbeiten der Arbeitsplattform zunächst bei der WEB-Adresse <http://members.chello.at/zfsnet>, später unter registriertem Zugang auch bei [www.zfs.net](http://www.zfs.net) herunterladbar. Die endgültige WEB-Adresse der Arbeitsplattform wird dann nach Beendigung der ersten Vorbereitungsarbeiten öffentlich bekannt gegeben.

## **zfs – Zukunftsforum: Systemwandel – für eine sozial-ökologische sichere Welt,** ein Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft seit Mai 2007

**Kontakt:** Initiative Zivilgesellschaft ([www.initiative-zivilgesellschaft.at](http://www.initiative-zivilgesellschaft.at))  
Projekt „Zukunftsforum: Systemwandel – für eine sozial-ökologische sichere Welt“  
oder direkt an die **zfs**-Organisation, e-mail: [zfs.org@aon.at](mailto:zfs.org@aon.at).  
Eine Internetplattform wird zur interaktiven Mitarbeit vorbereitet.

